

Kleine Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

Unterstützung von Auszubildenden in der aktuellen Krise

Nach Auffassung der Fragesteller ist die berufliche Bildung bereits seit Jahrzehnten ein Garant für unseren wirtschaftlichen Erfolg und der sozialen Kohäsion in unserem Land. Die enorm gestiegenen Energiekosten belasten Auszubildende nach Kenntnis der Fragesteller schwer.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die sozioökonomische Lage der Auszubildenden in Deutschland?
2. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Inflationsrate in Deutschland im Jahr 2022?
3. Wie hoch sind durchschnittlich die Lebenshaltungskosten in Deutschland im Jahr 2023 gestiegen?
4. Wie stark sind im Vergleich zum Vorjahr nach Kenntnis der Bundesregierung die Mietkosten in Deutschland im Jahr 2022 durchschnittlich gestiegen?
5. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit März 2022 ergriffen, um Auszubildende zu unterstützen?
6. Plant die Bundesregierung noch weitere Maßnahmen, um Auszubildende explizit zu unterstützen?
Wie stark sind im Vergleich zum Vorjahr nach Kenntnis der Bundesregierung durchschnittlich die Ausbildungsvergütungen im Jahr 2022 gestiegen (bitte je Ausbildungsberuf tabellarisch auflisten)?
7. Ist die Erhöhung der Ausbildungsvergütung im Jahr 2022 angesichts der hohen Inflationsrate 2022 sowie steigender Lebensmittelpreise und steigender Kranken- und Pflegeversicherungskosten für Privathaushalte in Deutschland im Jahr 2022 nach Auffassung der Bundesregierung ausreichend?
8. Wie viele Auszubildende haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Energiepreispauschale von 300 Euro erhalten?
9. Wie viele Auszubildende haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2021 und im Jahr 2022 in Deutschland Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bezogen?
10. Wie viel Prozent der Auszubildenden wohnen in Deutschland (auch zeitweise) nach Kenntnis der Bundesregierung außerhalb des eigenen Elternhauses?

11. Liegen der Bundesregierung Daten vor, wie viel Prozent ihres Einkommens Auszubildende für das Wohnen außerhalb des eigenen Elternhauses durchschnittlich ausgeben (bitte getrennt nach Ländern ausweisen)?
12. Wie viele Auszubildende haben in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung den Heizkostenzuschlag I in Höhe von 230 Euro erhalten (bitte je Land tabellarisch darstellen und hinsichtlich (1) der Gesamtzahl an Auszubildenden in Deutschland sowie (2) der Anzahl an BAföG-Empfängern prozentual einordnen)?
13. Wie viele Auszubildende haben in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung den Heizkostenzuschlag II in Höhe von 345 Euro erhalten? (bitte je Land tabellarisch darstellen und hinsichtlich (1) der Gesamtzahl an Auszubildenden in Deutschland sowie (2) der Anzahl an BAföG-Empfängern prozentual einordnen)?
14. Wie viele Auszubildende haben in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung in welcher durchschnittlichen Höhe von der Strompreisbremse profitiert?
15. Welche Möglichkeiten eines „Upgrades“ von den oftmals regional beschränkten Azubi-Tickets o. Ä. zum deutschlandweiten 49-Euro-Ticket hat die Bundesregierung für Auszubildende geschaffen?
16. In welcher Form hat die Bundesregierung den Bereich des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens im Zusammenhang mit den drastischen Preissteigerungen unterstützt, und plant die Bundesregierung, das Angebot des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens in Zukunft breiter zu fördern?

Berlin, den 26. April 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion